

Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies.

08. Januar 2021

„Marsch auf das Kapitol“

Manfred Berg, HCA und Historisches Seminar der Universität Heidelberg

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zu einer Sonderausgabe des Podcasts des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg; mein Name ist Anja Schüler. Liebe Hörerinnen und Hörer, ich hoffe, Sie sind gut in das Jahr 2021 gestartet, welches wir eigentlich mit einem Ausblick auf die Biden-Präsidentschaft beginnen wollten. Dann aber erreichten uns zwei Wochen vor der Amtseinführung Bilder aus der amerikanischen Hauptstadt, Bilder von beispiellosen Ausschreitungen. Eine Versammlung von Trump-Unterstützern, bei der auch der amtierende Präsident gesprochen hat, ist in einem Sturm auf das Parlament eskaliert. Scharenweise drangen Trump-Anhängerinnen und -Anhänger in das Kapitol ein, wo Abgeordnete gerade dabei waren, Joe Bidens Wahlsieg formell zu bestätigen. Die Sitzungssäle mussten evakuiert werden, geistesgegenwärtige Saaldiener brachten die Urnen des Wahlmännerkollegiums in Sicherheit. Beamte zückten ihre Waffen und setzten Tränengas ein. Zwei Tage später wissen wir, dass fünf Menschen ums Leben gekommen sind, mehr als 90 wurden festgenommen. Wir wollen heute über die Bedeutung dieser Ereignisse sprechen und ich freue mich, dass dafür erneut Manfred Berg zu Gast im HCA-Podcast ist. Er ist Inhaber des Curt-Engelhorn-Lehrstuhls für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg und stellvertretender Direktor des HCA. Willkommen zurück.

Manfred, in einem unserer letzten Gespräche hast du es ja durchaus für möglich gehalten, dass wir in den USA bürgerkriegsähnliche Zustände sehen, falls die Mehrheit der amerikanischen Wählerinnen und Wähler sich für Joe Biden entscheiden sollte. Wie schätzt du die Ereignisse vom vergangenen Mittwoch ein?

Manfred Berg: Ich habe in der Tat immer wieder auf die Analogie zum Jahr 1860 hingewiesen. Zur Erinnerung: Die Südstaaten haben ihre Sezession erklärt, nachdem Abraham Lincoln zum Präsidenten gewählt wurde und sie nicht bereit waren, diesen Wahlsieg Lincolns hinzunehmen. Es war für mich völlig klar, dass – nachdem Donald Trump im Laufe des Jahres 2020 immer wieder deutlich gemacht hatte, dass er eine

Niederlage nicht hinnehmen würde – es im Falle einer Wahlniederlage Trumps nicht einfach zu einem normalen Regierungswechsel kommen würde, wie wir ihn aus der Vergangenheit kennen. Stattdessen würde es massive Auseinandersetzungen geben, und möglicherweise könnte es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen. Nachdem Trump dann nach dem 3. November systematisch die Lüge vom Wahlbetrug verbreitet hatte, war eigentlich klar, dass irgendetwas in dieser Art passieren würde. Ich erinnere dran, dass er eine Vielzahl absurder Klagen eingereicht hat. Richter, Wahloffizielle, seinen Vize-Präsidenten hat er bedrängt, teilweise sogar bedroht, alles mit dem Ziel, dass sie ihm zu einem nachträglichen Wahlsieg verhelfen, den er nicht errungen hat; stattdessen hat er eine Niederlage erlitten. Dieser 6. Januar 2021 war im Grunde seine letzte Chance. Ich persönlich glaube, dass es sich dabei durchaus um eine Art Strategie handelte. Trump hat versucht, Chaos zu stiften, um die Ratifizierung des Wahlergebnisses mit allen Mitteln zu verhindern. Man kann darüber spekulieren, was er, wenn ihm dies denn gelungen wäre, danach getan hätte. Möglicherweise hat er mit dem Gedanken gespielt, dass er in einer solchen Situation vielleicht den Notstand ausrufen könne, und zwar im Sinne einer klassischen Strategie: Zunächst Chaos zu stiften und sich dann als Retter aus diesem Chaos profilieren, um auf diese Art doch im Amt zu bleiben. Was die genauen Hintergründe dieser Ereignisse sind, wird noch aufzuklären sein, und darüber werden auch die Historikerinnen und Historiker noch sehr lange diskutieren.

Anja Schüler: Nun ist die Zertifizierung der Stimmen des Wahlmännerkollegiums eigentlich immer eine bloße Formalität, eine der vielen Formalitäten des langgezogenen Wahlprozesses in den USA. Wieso war das bei diesen Wahlen anders?

Manfred Berg: Weil im Grunde genommen die demokratischen Spielregeln in den USA schon lange nicht mehr gelten oder schon lange geschwächt sind. Wir haben im Vorfeld dieser Wahlen sehr viel darüber geredet, wie vor allem die Republikanische Partei seit langem versucht, die Registrierung von Wählern zu behindern, vor allem von solchen Wählern, von denen sie zu Recht annimmt, dass sie überwiegend für die Demokraten stimmen werden. Seit Jahren haben wir in der amerikanischen Politik das alte amerikanische Prinzip beobachten können “winning isn’t everything, it’s the only thing“ – du muss um jeden Preis gewinnen. Es sollte ja auch niemanden wirklich überraschen. Donald Trump hatte bereits 2016 behauptet, nur Wahlbetrug könne seinen Sieg verhindern. Er hatte angekündigt, er werde keine Wahlniederlage

akzeptieren. Weder 2016 war das so, noch 2020. Ebenfalls ist daran zu erinnern, dass sich große Teile der Republikanischen Kongressdelegation zu seinem Werkzeug gemacht haben, indem sie angekündigt haben, die Wahlergebnisse, die ja nun längst ratifiziert respektive zertifiziert waren, in den Einzelstaaten noch einmal anzufechten. Auch das ist in hohem Maße ungewöhnlich. Diese Leute haben sich zu Handlangern der Trump'schen Strategie gemacht.

Anja Schüler: Nun sind ja viele hundert Menschen innerhalb kurzer Zeit in das Kongressgebäude gelangt, haben Büros verwüstet und im Senatssaal für Selfies posiert. Warum war das Kapitol so unzureichend geschützt? Im Vorfeld hatte es sich in den sozialen Medien abgezeichnet, dass es zu so einem Marsch auf das Parlament kommen könnte.

Manfred Berg: Das wird in der Tat zu untersuchen sein. Wir alle wissen, dass die U.S.-Polizei ansonsten sehr martialisch aufzutreten pflegt. Ich erinnere an die Bilder, die wir aus dem Sommer 2020 bei den Black-Lives-Matter-Demonstrationen gesehen haben. Insofern ist es in der Tat völlig unverständlich, dass zu einem solchen wichtigen Verfassungsakt, wie es die Ratifizierung des Präsidentschaftswahlergebnisses im Kongress nun einmal darstellt, eine völlig unzureichende Polizeipräsenz zu beobachten war. Niemand hätte überrascht sein dürfen. Die Demonstration war angekündigt. In den sozialen Netzwerken kursierte die Aufforderung, aufs Kapitol zu marschieren. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass viele Sicherheitsexperten kritisieren, die Polizei habe sich passiv und dilettantisch verhalten. Auch wenn man diese mit Vorsicht genießen muss, kursieren im Übrigen auch Gerüchte darüber, dass Trump möglicherweise bei den Sicherheitsbehörden auch gewisse Unterstützung hatte. Hier ist eine Untersuchung unbedingt nötig. Ich bin allerdings auch zuversichtlich, dass dies zumindest die amerikanischen investigativen Medien sehr sorgfältig tun werden.

Anja Schüler: Welche Rolle hat Donald Trump denn im Vorfeld dieser Ereignisse und auch am vergangenen Mittwoch gespielt?

Manfred Berg: Ich glaube, dass es vor allem wichtig ist, dass wir sein Narrativ nicht kaufen. Es handelte sich ganz sicher nicht um eine außer Kontrolle geratene Versammlung seiner Anhänger, die vollkommen gegen seinen Willen in Ausschreitungen endete, sondern es war eindeutig ein vom amerikanischen

Präsidenten höchstpersönlich angestifteter Aufruhr gegen die Verfassungsorgane der USA mit dem Ziel, die Ratifizierung des Wahlergebnisses zu verhindern. Ich nenne das einen Putschversuch, und ich werde durchaus mal die Analogie wagen, dass es sich hier um eine Art Mussolini-Moment handelte. Ich spiele natürlich auf Mussolinis berühmten Marsch auf Rom im Jahre 1922 an. Man mag natürlich sagen, dass dies dann doch sehr dilettantisch inszeniert gewesen sei von Donald Trump, sofern es denn so war. Das mag tatsächlich sein, aber es gibt auch andere Beispiele aus der Geschichte, dass solche Dinge zunächst einmal sehr dilettantisch enden können. Man kann hier durchaus auf den berühmten Marsch Hitlers auf die Feldherrnhalle 1923 verweisen. Entscheidend ist, welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Anja Schüler: Welche Konsequenzen könnten das sein?

Manfred Berg: Zunächst einmal ist noch einmal deutlich zu sagen, was Donald Trump getan hat: Anstiftung zum Aufruhr, das ist eine Straftat. Meiner Ansicht nach muss er nach Bundesrecht wegen Anstiftung zum bewaffneten Aufruhr gegen die Verfassungsordnung angeklagt werden. Zur Information: Darauf stehen bis zu 20 Jahre Haft. Ich glaube, ein unparteiisches Gericht hätte ausreichend Beweismaterial. Es müsste im Grunde genommen nur die Mitschnitte [der vorausgegangenen Versammlung hinter dem Weißen Haus] anschauen und anhören, um zu dem Urteil zu gelangen, dass Trump hier ganz eindeutig zum Verfassungsbruch und zum gewaltsamen Aufruhr gegen den amerikanischen Kongress aufgerufen hat. Insofern würde ich meinen, dass die bloße Amtsenthebung oder die Entfernung aus dem Amt nach Artikel 25 der amerikanischen Verfassung im Moment eigentlich die naheliegenden Konsequenzen, aber nicht ausreichend sind. Es sollte, meiner Meinung nach, eine strafrechtliche Untersuchung geben. Der neue Justizminister sollte Ermittlungen einleiten.

Anja Schüler: Ja, du hast es eben schon gesagt: Es gäbe jetzt zwei Wege, um Donald Trump des Amtes zu entheben. Einmal durch ein Amtsenthebungsverfahren im Kongress oder durch den Artikel 25. Es mehren sich die Stimmen auch aus der Republikanischen Partei, die diese Absetzung fordern. Wird es denn dazu kommen? Man möchte fast schon fragen: Lohnt sich das noch?

Manfred Berg: In der Tat, es sind noch zwölf Tage. Technisch wäre es wohl möglich, aber man muss immer noch daran erinnern: Ein Impeachment würde nach wie vor

eine Zustimmung von zwei Drittel der Mitglieder des Senats erfordern. Das heißt also, ein großer Teil der Republikaner müsste zustimmen. Sie haben das bei dem ersten Impeachment-Verfahren gegen Trump nicht getan. Auch der 25. Verfassungszusatz würde, wenn Trump seiner eigenen Amtsenthebung wegen Amtsunfähigkeit widerspricht, womit wahrscheinlich zu rechnen ist, dann noch einmal am Ende im Kongress bestätigt werden müssen. Und auch hier wäre eine Mehrheit und zwar nicht nur im Senat, sondern im gesamten Kongress – also auch im *House of Representatives* – von zwei Dritteln erforderlich. Das Ganze ist also extrem kompliziert. Der Hauptgrund, warum es gefordert wird, ist, dass Trump zukünftig für alle öffentlichen Ämter disqualifiziert sein muss. Das wäre die Rechtsfolge eines Impeachment. Ich würde aber daran erinnern, dass diese Disqualifikation für öffentliche Ämter auch durch eine strafrechtliche Verurteilung zu erreichen wäre. Ich hielte dies für besser und bin ganz emphatisch der Auffassung, dass sich Demokratien gegen ihre Feinde verteidigen müssen, dass die amerikanische Demokratie hier ein Zeichen setzen muss. Es bleibt abzuwarten, ob die politische Entschlossenheit dazu besteht. Denn natürlich wird es enorme Konflikte aufwerfen.

Anja Schüler: Nun hat sich Donald Trump in seinem neuesten Statement von den Handlungen seiner Anhängerinnen und Anhänger distanziert. Er hat die Ausschreitungen abscheulich genannt und zur Versöhnung aufgerufen. Was ist denn davon zu halten?

Manfred Berg: Das ist, mit Verlaub, lächerlich. Es ist das klassische „Haltet den Dieb!“ Trump möchte so tun, als habe er gar nichts damit zu tun, als sei das Ganze lediglich gegen seinen Willen außer Kontrolle geraten. Wir alle müssen nur anschauen, was er vor seinen Anhängern gesagt hat. Wir müssen auch nur anschauen, was er während dieser Ausschreitungen dann noch einmal seinen Anhängern mitgeteilt hat, nämlich dass er sie liebe, dass sie eigentlich ganz wunderbar seien und dass man ihm natürlich die Wahl gestohlen habe, aber jetzt sei doch mal Grund, etwas friedlicher zu werden, sorry. Ich würde meinen, dass es völlig klar ist, was Trump hier versucht. Es ist durchsichtig, und man müsste schon extrem leichtgläubig oder sehr zynisch sein, um ihm hier Glauben zu schenken.

Anja Schüler: Er hat ja im selben Statement auch gesagt „Unsere unglaubliche Reise beginnt gerade erst.“ Das ist doch der Gedanke an ein politisches Comeback.

Manfred Berg: Ja, das ist sicher sein Ziel. Er will verhindern, dass er durch Impeachment abgesetzt wird, um sich die Chance auf ein Comeback offenzuhalten. Er wird versuchen, seine so genannte Trump-Bewegung zusammenzuhalten. Und in der Tat, ich würde hier überhaupt keinen Anlass zur Gelassenheit sehen in dem Sinne, dass man sagt „Die Krise ist jetzt vorbei. Trump ist für alle Zeiten diskreditiert“. Wir haben in der amerikanischen Politik in den vergangenen Jahren so viele Dinge, die niemand für möglich gehalten hätte, erlebt, dass ich persönlich nicht mehr bereit bin, irgendetwas für die Zukunft auszuschließen. Das würde auch bedeuten, dass Donald Trump, wenn es ihm denn rechtlich möglich wäre, noch einmal antritt. Im Übrigen bin ich auch der Auffassung, dass nicht nur Trump, sondern auch Giuliani und möglicherweise sein Sohn, welche ja direkt an der Anstiftung zum verfassungswidrigen Aufruhr beteiligt waren, ebenfalls angeklagt werden müssen. Es wird viel darüber spekuliert, ob Trump möglicherweise einen seiner Söhne oder seine Tochter ins Rennen schickt, um dann gewissermaßen für die Familiendynastie die Präsidentschaft zurück zu erobern. Ich glaube, wir müssen einfach feststellen, dass wir den Mann, den viele Leute über Jahre hinweg für einen desorientierten, erratischen Politclown gehalten haben, unterschätzt haben. Denn am Ende ist dieser Mann dann doch zu skrupellosem Handeln bereit und möglicherweise auch in der Lage.

Anja Schüler: Was bedeuten diese Ereignisse nun für die Republikanische Partei?

Manfred Berg: In gewisser Hinsicht kann man wohl sagen, man erntet, was man sät. Das Ganze hat eine sehr lange Vorgeschichte, die bis in die 60er Jahre zurückverfolgt werden kann. Man könnte auch die 90er Jahre mit der sogenannten *Republican Revolution* unter Newt Gingrich als Zäsur ansetzen. Seither haben wir eine Radikalisierung weiter Teile der Republikanischen Partei erlebt, die sich immer stärker dem Rechtspopulismus und weißen Nationalismus zugewendet hat. Wir haben vor etwa zehn Jahren, zu Beginn der Obama-Administration, die Entstehung der radikalen *Tea Party* erlebt. Eigentlich muss man jetzt sagen, dass die Zauberlehrlinge den Geist dann nicht mehr in die Flasche zurückbekommen haben. Die Republikanische Partei steht heute vor der Entscheidung, ob sie in irgendeiner Weise wieder eine konservative Partei werden will, die innerhalb des demokratischen Rahmens, des demokratischen Systems operiert und konkurriert, oder ob sie dauerhaft

zu einer rechtsextremen Bewegung werden will. Es wäre eigentlich zu erwarten, dass sie sich spaltet. Das wird von vielen Beobachtern auch erwartet und teilweise gefordert in jenem Sinne, dass nun endlich die prinzipienfesten Konservativen ihre Konsequenzen ziehen müssten. Das Problem ist natürlich das amerikanische Wahlsystem, das sehr stark auf ein Zweiparteiensystem hin orientiert ist, sodass es nicht klar ist, ob eine dritte Partei sich behaupten kann.

Anja Schüler: Dann können wir vielleicht abschließend den Blick nochmal etwas weiten. Was bedeuten diese Ereignisse für das Ansehen der amerikanischen Demokratie?

Manfred Berg: Nur ja, das Ansehen der amerikanischen Demokratie ist schon lange im Sinkflug. Es ist längst nicht mehr so, dass alle mit Ehrfurcht nach Washington blicken. Auch in den westlichen Demokratien ist der Vorbildcharakter der amerikanischen Demokratie längst voll oder weithin verloren gegangen. Und vor allem muss man natürlich sehen, dass die autoritären Herrscher in Peking, Teheran, Moskau und Minsk und wo immer auf der Welt an jenem Mittwoch einen großen Tag hatten. Sie konnten genüsslich darauf verweisen, dass westliche Demokratie eben Chaos bedeutet und eine autoritäre Herrschaft demgegenüber Ordnung. Ich persönlich denke auch, dass wir uns vielleicht stärker abgewöhnen sollten, weiterhin so naiv, wie das in der Vergangenheit war, auf die sogenannten *checks and balances* zu vertrauen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, das amerikanische System sei so robust und habe so viel Resilienz, dass es alle Krisen überstehe. Ich glaube, dass ein Teil des Problems auch darin besteht, dass dieses amerikanische System, das ja aus dem 18. Jahrhundert stammt, völlig dysfunktional geworden ist. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel: Warum muss ein Interregnum von zweieinhalb Monaten nach einem Wahlsieg sein? Wir haben auch jetzt wieder zur Kenntnis nehmen müssen, dass es nur dann funktioniert, wenn Sie einen Konsens und wenn Sie Kooperation haben. Wenn Sie einen bösen Geist im Weißen Haus sitzen haben, dann kann der sehr viel Unfug anstellen. Ich glaube also, dass es im Grunde genommen in den USA auch eine Verfassungsreform geben müsste. Aber ich sehe die Chancen dafür eher als gering an, weil die institutionellen Hürden für eine durchgreifende Verfassungsreform einfach zu hoch sind.

Anja Schüler: Ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch, Manfred Berg. Wir werden diese Entwicklungen weiter im Auge behalten und auch in der nächsten Woche noch einmal darauf zurückkommen. Dann spreche ich mit dem Politikwissenschaftler Martin Thunert über die Herausforderungen, die auf die Biden-Administration warten. Das war der erste HCA-Podcast in diesem Jahr. Mein Name ist Anja Schüler und ich möchte sie noch auf die Ruperto- Carola-Ringvorlesung mit dem Titel „Quo vadis USA?“ hinweisen – aktueller denn je. Sie können die neuen Beiträge immer mittwochs auf heiONLINE abrufen, der Plattform für digitale Vortragsformate an der Universität Heidelberg. In der nächsten Woche finden Sie dort ein Gespräch des Heidelberger Kirchenhistoriker Jan Stievermann mit dem Journalisten Daniel Silliman über Religion und Politik nach Trump. Ich verabschiede mich für heute mit Dank ans Team und an Sie fürs Zuhören. Wir freuen uns, wenn Sie auch in der nächsten Woche den HCA-Podcast wieder anklicken. Bis dahin, bleiben Sie gesund.